

# Integrationsbeauftragter Neumeyer nach Schweizer Nein zu Minaretten im HZ-Interview

Mainburg. In der Woche nach dem Aufsehen erregenden Nein der Schweizer gegen den Bau von Minaretten war Martin Neumeyer, der erste Integrationsbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, natürlich ein begehrter Gesprächspartner. Auch die Hallertauer Zeitung fragte den CSU-Politiker, der den Wahlkreis Kelheim im Landtag vertritt, nach seiner Einschätzung. Hier das ausführliche Interview:

*HZ: Herr Neumeyer, die Entscheidung in der Schweiz gegen Minarette ist für einen Integrationspolitiker wie Sie doch ein Warnschuss, oder?*

Neumeyer: Da haben Sie leider Recht. Mit der Integration ist es ein bisschen wie mit der Europapolitik: Es betrifft uns alle, aber viel zu wenige sind sich bewusst, dass sie sich einmischen müssen, damit Integration funktioniert. Das ist ein gesellschaftlicher Prozess. Wenn Integration als Projekt der Eliten missverstanden wird, klappt es nicht. Hier ist aber auch die Politik gefragt.

*HZ: Wie würde Ihrer Meinung nach eine solche Volksabstimmung in Bayern ausgehen?*

Neumeyer: Würden wir die gleiche Volksabstimmung in Bayern durchführen, wäre das Ergebnis ähnlich. Am Montag habe ich an einer Fernsehdiskussion teilgenommen. 70 Prozent haben sich bei einer Umfrage für ein solches Verbot ausgesprochen.

*HZ: Ist ein Verbot von Minaretten in Bayern denkbar?*

Neumeyer: Bei uns gilt die Religionsfreiheit und dementsprechend hat jeder das Recht auf freie Religionsausübung. Das gilt für auch Muslime. Von rechtlicher Seite aus spricht nichts gegen den Bau von Moscheen mit Minaretten.

*HZ: Was sagen Sie Bürgern in Bayern, die gegen Minarette sind?*

Neumeyer: Dass ich ihre Befürchtungen verstehen kann, dass es aber nicht hilft, Minarette verbieten zu wollen. Sie sind lediglich ein Symbol für eine Entwicklung, die von vielen Menschen als unheimlich empfunden wird. Das liegt leider auch an der mangelnden Transparenz mancher muslimischer Gemeinden und Moscheebauprojekte. Oft wissen die Menschen vor Ort nicht, wer der Imam in der Moschee ist, was für einer Weltanschauung er anhängt und was in der Moschee gepredigt wird. Wenn dann immer wieder Medien über ja vorhandene extremistische Strömungen berichten, beunruhigt dieses "nicht wissen" die Menschen - selbst wenn es vor Ort gar keine Probleme gibt.

*HZ: Und was sagen Sie Muslimen, die sich durch Islamkritik angegriffen fühlen?*

Neumeyer: Dass sie sich für mehr Transparenz ihrer Gemeinden und Spitzenverbände stark machen müssen. Der Sprecher einer Moschee in Frankfurt hat es vor einigen Tagen so gesagt: Nur wenn Muslime für ihre Nachbarschaft offen sind und auf sie zugehen, können sie Teil unserer Gesellschaft werden. Genau dafür mache ich mich als Politiker stark: Wir brauchen eine Kultur der Offenheit und Transparenz - auf allen Seiten. Die muss gelebt werden, jeden Tag, und nicht nur dann, wenn eine Moschee gebaut werden soll.

*HZ: Müssen wir Deutsche Angst vor Muslimen haben?*

Neumeyer: Nein. Wir müssen uns nur vor der eigenen Angst fürchten. Unter den Muslimen ist nur ein kleiner Teil extremistisch eingestellt - also gegen unsere Werte- und Rechtsordnung. Daran kann man übrigens auch sehen, dass es auf den Menschen ankommt, nicht auf die Religion als solche. Aber wir müssen jetzt endlich aufwachen, dass wir uns bereits heute und nicht erst irgendwann intensiv mit den Integrationsproblemen befassen müssen. Sonst können wir auch die Chancen und Potenziale - denken Sie allein an die demographische Entwicklung, gerade im ländlichen Raum - nicht nutzen. Wenn sich in unserer Gesellschaft Gruppen wegen ungelöster Konflikte voneinander abschotten, dann zerbricht der gesellschaftliche Zusammenhalt. Gerade der macht unser Land - und das spüren wir bei allen Problemen auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise - besonders lebenswert.

*HZ: Aber ist es nicht so, dass rund um neue Großmoscheen herum Parallelgesellschaften entstehen?*

Neumeyer: Es gab bei uns viel zu lange Moscheen nur im Verborgenen, die so genannten Hinterhofmoscheen. Das war sicher nicht besser als viele der heute geplanten Moscheen. Worauf wir aber achten müssen, und da sind in erster Linie die muslimischen Bauherren und dann die Gemeinden vor Ort gefragt, ist, dass Moscheen nicht Stadtteilzentren mit Einkaufspassage werden. Sie sollten übrigens auch nicht für eine Besucherzahl geplant werden, die weit über die Zahl der ansässigen Gemeindemitglieder hinausgeht. Das führt zu Befürchtungen der Menschen vor Ort. Die Deutsche Islamkonferenz unter Wolfgang Schäuble hat in ihren Empfehlungen auch solche zum Moscheebau verabschiedet. Wenn sich alle daran halten und vor allem miteinander reden würden - da bin ich wieder bei der Offenheit und Transparenz - gäbe es viele Konflikte in der Form nicht.

*HZ: Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie für Konflikte rund um den Moscheebau?*

Neumeyer: Das kommt sehr auf den Einzelfall an. Aber des Pudels Kern sind oft Unklarheiten über die Finanzierung und die daran beteiligten Personen und Organisationen. Letztlich geht es auch hier wieder darum: Welche Lehre soll verbreitet werden? In welchem Verhältnis stehen sie zu unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung? Hier muss von den Verantwortlichen Klarheit geschaffen werden, zum Beispiel durch eine Übersetzung der Predigten und eine Offenlegung der Träger eines Bauprojekts. Dort, wo das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, kann ein Mediator helfen, den Dialog wieder in Gang zu bringen.

Auch ein Integrationsvertrag kann da helfen. Beide Seiten verpflichten sich sozusagen durch einen solchen Vertrag aktiv an der Integration mitzuwirken. Das kann aber nur gelingen, wenn beide Seiten offen und ehrlich miteinander umgehen. Wie ich schon gesagt habe, Integration ist ein Prozess, der Einwanderer und Einheimische gleichermaßen betrifft. Ehrlichkeit, Offenheit und Transparenz sind dabei ohne Zweifel die entscheidenden Stichwörter.

*HZ: Glauben Sie wirklich, dass sich radikale Muslime durch Dialog beeindrucken lassen?*

Neumeyer: Radikale eher nicht, zumindest nicht von heute auf morgen. Aber das ist auch nicht die wichtigste Zielgruppe für den Dialog. Es geht darum, den überwältigend großen Teil der Muslime, die zu unserer Gesellschaft gehören wollen, an uns zu binden. Dazu gehört auch größere Offenheit gegenüber diesen Menschen und ihren Bedürfnissen.

*HZ: Was kann staatliche Integrationspolitik hier überhaupt leisten?*

Neumeyer: Viel, aber eben auch nicht alles. Gegenseitige Öffnung ist ein gesellschaftlicher Prozess. Ich setze mich dafür täglich ein. Dabei helfen strukturelle Maßnahmen, mit denen sich Staat und Gesellschaft besser auf die durch Migration zunehmende Vielfalt der Bevölkerung einstellen. Nehmen wir die Einführung des Islamischen Unterrichts als Beispiel. Der ist vielleicht nicht perfekt. Aber er ist ein wichtiges Angebot für die Muslime, das im Übrigen auch radikalen Strömungen eine mit unserer Lebenswirklichkeit kompatible islamische Lehre gegenüberstellt. Viel muss vor Ort passieren, im alltäglichen Miteinander der Menschen. Politik muss den Rahmen schaffen, aber die Gesellschaft muss ihn ausfüllen.

*HZ: Was können Sie da als Integrationsbeauftragter bewirken?*

Neumeyer: Als Integrationsbeauftragter bin ich die Schnittstelle zwischen der Staatsregierung und der Gesellschaft. Ich bin also so eine Art Mittler, der als Ansprechpartner für alle Seiten die Menschen und Institutionen zusammenbringt. Mir geht es dabei vor allem um die Arbeit an konkreten Problemen, nicht um Grundsatzdebatten. Ich bringe Erfahrungen und Ideen aus der Gesellschaft - von den Migrantinnen und Migranten genauso wie aus der Aufnahmegesellschaft - in politische Entscheidungen der Staatsregierung ein. Die meiste Zeit bin ich aber vor Ort und versuche aus dem, was an mich herangetragen wird, weiterzutragen.

*HZ: Warum hat Bayern erst als letztes Bundesland einen Integrationsbeauftragten berufen?*

Neumeyer: Denken Sie mal an die Industrialisierung in Bayern. Da waren wir auch nicht die Ersten. Aber inzwischen sind wir als Wirtschaftsstandort - bei allen Problemen jetzt in der Krise - sehr erfolgreich. Wir brauchen eben manchmal mehr Zeit, aber dann wird es gut.

*HZ: Haben Sie Sorge, dass solche Debatten wie wir sie jetzt haben Ihrer Partei, der CSU, Wählerstimmen kosten?*

Neumeyer: Nein. Wenn Sie sich in Deutschland umschauen waren es in den letzten Jahren gerade die "C"-Parteien, die sich mit der Problematik der Migration und Integration ernsthaft auseinander gesetzt haben. Ob Zuwanderungsgesetz, Nationaler Integrationsplan, die Deutsche Islamkonferenz habe ich schon erwähnt - wir haben als CSU früher und stärker als andere Parteien darauf bestanden, dass wir Integration fordern und fördern müssen. Diesen Ansatz müssen wir heute weiterentwickeln, zu einer echten Beteiligung aller Menschen in unserem Land an der Integration.

*HZ: Herr Neumeyer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*